

Tagesordnung I Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 25. September 2008

Antrags-Nr. 08-F-06-0051

Neonazismus nicht ignorieren - gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Gewalt!

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 17.09.2008 -

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. August 2008 erklärte der Magistrat auf Anfrage, dass ihm keine Kenntnisse vorliegen über Aktivitäten der NPD und anderer neonazistischer Organisationen in der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Der Magistrat erklärte dies, obwohl

- er ihm Frühjahr 2008 mehrfach städtische Räumlichkeiten (Bürgerhäuser) für NPD-Veranstaltungen (zunächst) zur Verfügung gestellt und die Genehmigung zur Nutzung erst nach öffentlichem Protest antifaschistisch-demokratischer Kräfte zurückgenommen hat
- er ihm Landtagswahlkampf von den Neonazis angemeldete so genannte "Info"-Stände im Straßenraum mehrfach genehmigt hat, die damit verbundene Möglichkeit volksverhetzender Propaganda allerdings durch demokratische Kräfte unterbunden wurde
- in der jüngsten Zeit zahlreiche Medienberichte auch in der örtlichen Tagespresse publiziert wurden über einen Prozess gegen den stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD und Mitglied des NPD-Kreisverbandes Wiesbaden Rheingau-Taunus-Kreis, der wegen einer brutalen, politisch motivierten Gewalttat gegen einen Studenten der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde
- republikweit Medien über die jüngst verübte äußerst brutale neonazistische Gewalttat mit lebensgefährlicher Verletzung eines 13-jährigen Mädchens aus dem Schwalm-Eder-Kreis berichteten und der Hessische Landtag mit breiter Mehrheit diese Tat in einer Resolution verurteilte
- z.B. in einer Sitzung des Ausländerbeirates im Frühjahr 2008 anlässlich der genehmigten NPD-Veranstaltungen in städtischen Bürgerhäusern unter Anwesenheit von Frau Stadträtin Zeimetz-Lorz und Stadtverordneten mehrerer Fraktionen über Aktivitäten der NPD und anderer neonazistischer Gruppen im Stadtgebiet in Referaten ausführlich sachkundig berichtet wurde.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt Gewalttaten wie die des stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD, Mitglied des NPD-Kreisverbandes Wiesbaden/Rheingau-Taunus-Kreis, an einem Studenten der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, die in einer Reihe mit weiteren von Neonazis verübten Gewalttaten zu sehen sind, wie z.B. jüngst der an einem 13-jährigen Mädchen im Schwalm-Eder-Kreis, das von Neonazis überfallen wurde und lebensgefährlich verletzt wurde.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert alle Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger auf, aktiv gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus in allen Erscheinungsformen vorzugehen und sich für ein selbstbestimmtes und friedliches Miteinander aller in Wiesbaden lebenden Menschen einzusetzen.

Der Magistrat wird aufgefordert, sich umfassend über die Aktivitäten der NPD und anderer neonazistischer Organisationen in der Landeshauptstadt Wiesbaden zu informieren und der Stadtverordnetenversammlung spätestens zu ihrer nächsten Sitzung einen ausführlichen Bericht vorzulegen.

Beschluss Nr. 0496

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 17.09.2008 betr.

Neonazismus nicht ignorieren - gemeinsam gegen
Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Gewalt!

wird abgelehnt.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2008

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .09.2008

Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister